

# Bier – mehr als nur ein Getränk

Internationales Symposium, Zürich, 27. April 2005



## Eröffnungsreferat Bier – aus freiheitlicher Sicht

Dr. Gerhard Pfister, Nationalrat, Zug

Ich freue mich, Ihnen ein paar Grussworte hier in Zürich, nicht fern von meiner Innerschweizer Heimat, zu Ihrem Internationalen Symposium «Bier – mehr als nur ein Getränk» auszurichten. Wenn ein Politiker ein Symposium zum Thema Bier eröffnet, kann das zweierlei bedeuten: Einerseits gehört es fast zu den Ritualen von wichtigen Anlässen, dass sie mit Politiker-Reden eröffnet werden; der Politiker hat dann die Rolle des Grüss-Augusts auszufüllen, und meistens tut er es ja gern. Andererseits hat man aber doch die Erwartung, der Politiker stelle das eigene Tun in einen Kontext, eben einen politischen. Und da hört der Bereich des Unverbindlich-Höflichen meistens schnell einmal auf, wenn der Politiker ehrlich sein will – aber meistens bleibt er deshalb lieber höflich statt ehrlich. Ich versuche beides zu sein – ehrlich und höflich.

Zuerst höflich: «Bier ist etwas Gutes» – ein Motto Ihrer erfolgreichen Werbung. Nun kann man von Werbung halten, was man will, aber dieses Motto zeigt eigentlich einen Missstand auf: Denn Sie müssen offenbar, um erfolgreich zu sein, der Gesellschaft zuerst einmal zeigen, dass Sie eine Existenzberechtigung haben, wenn Sie mit Bier zu tun haben. Das heisst, die political and social correctness verlangt von Ihnen, dass Sie in der Werbung auf die ganz selbstverständliche Tatsache hinweisen müssen, dass Bier etwas Gutes sei, weil offenbar die Gesellschaft dies nicht oder nicht mehr weiss.

Es spielt dabei nicht einmal die minimale wirtschaftliche Einsicht mit, dass die Bierbranche in der

Schweiz etwa 1 Mia. CHF Umsatz und 4000 Arbeitsplätze direkt generiert – und ein Mehrfaches bei Lieferanten und bei Kunden in Gastgewerbe und Handel vom Bier abhängig ist. Dass das Produkt gut ist, ahnt jeder Konsument, sonst würde er es nicht konsumieren. Dass die Braubranche zudem eine volkswirtschaftliche Bedeutung hat, kann jeder wissen, der fähig ist Zeitung zu lesen. Und trotzdem müssen Sie mit einer vergleichswisen Banalität an die Öffentlichkeit, nämlich, dass Ihr Produkt einfach «gut» sei. Sie müssen sich also fast rechtfertigen, dass Sie gut arbeiten. Eigentlich eine entwürdigende Situation. Warum?

Und da komme ich vom höflichen Teil schon zum ehrlichen: Es ist vermutlich so, weil Sie in einem Bereich tätig sind, in dem ziemlich viel gelogen wird, aber nicht von Ihrer Seite, sondern von Seiten der Behörden, einzelner Politiker, der so genannten (aber nicht gewählten und nicht autorisierten) Konsumenten-Vertreter oder auch von Teilen der Bevölkerung, denn die belügt sich im Bereich Genuss gerne selbst. Das möchte ich erklären:

Beispielsweise belügen sich die politischen Gutmenschen selbst, wenn sie meinen, das kommende Biersteuergesetz instrumentalisieren zu können, indem – entgegen früheren Zusicherungen – an der Biersteuerschraube gedreht wird. Und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) belügt sich selbst, v.a. aber auch andere, wenn es permanent jene Branchen unter Druck setzt, die in unserem Lande noch so etwas wie Wertschöpfung generieren. Dies natürlich immer unter dem Siegel der Volksgesundheit – einem Begriff, bei dem Sie es schon mit Händen greifen können, dass das BAG von Selbstverantwortung wenig, aber von staatlicher Lenkung der ach so unkritischen und ach so leicht verfügbaren Volksmassen sehr viel hält. Das Volk, der Konsument, sieht das anders, aber man traut sich nicht mehr so recht, dazu zu stehen.

Und die Politik, und das ist das Gefährliche an der ganzen Sache, setzt manchmal lieber auf die Verwaltung, die Ämter, statt den eigenen Verstand – vor allem aber die eigenen Werte. Wenn Politiker merken, dass öffentlich gewisse Dinge nicht mehr gesagt werden dürfen, weil man politisch unkorrekt würde, dann schweigen sie lieber – oder noch schlimmer: passen sich dem mainstream an. ►



Und der mainstream in Ihrer Branche lautet: «Genuss» muss immer noch politisch korrekt mit einem schlechten Gewissen unterlegt werden, der «Missbrauch» muss immer gleich mitgenannt werden.

In diesem Sinne eine Bitte an die Bierbrauer unter Ihnen: Lassen Sie sich nicht unterkriegen, auch wenn Ihnen die Ämter Ihre Existenzberechtigung zwar nicht absprechen können, dazu fehlt ihnen der Mut. Aber wehren Sie sich dagegen, dass man mit immer mehr staatlichen Eingriffen, Werbeverbote, Entmündigungsklauseln oder staatlicher Definition dessen, was angeblich gut fürs ganze Volk sei – dass man also mit all diesen Mitteln versucht, Ihre Branche langsam aber stetig zu diskreditieren und dann zu ruinieren.

Wir haben es in verschiedenen Ämtern teilweise mit Eiferern zu tun, deren Mission es ist, auch noch dem letzten Bürger klar zu machen, was er für ein abgrundtief schlechtes Wesen sei, wenn er sich ungesund benehme, oder so benehme, wie sie es als ungesund erachten.

Dass es sich dabei nicht um die Gesundheit, sondern teilweise um Ideologie der Alt-68er handelt, die nun an den Spitzen der Verwaltung angekommen sind, sehen Sie daran, dass Nikotin und Alkohol verteufelt, Cannabis und andere Drogen aber verharmlost werden. Auch die Gesundheitspolitik ist nicht so wissenschaftlich und ausschliesslich um die Gesundheit bemüht. Auch dort wird der Versuch gemacht, Sozialpolitik zu betreiben, die Menschen zu erziehen – mit Lenkungsabgaben, Steuern, staatlicher Propaganda, wie es die momentane Befindlichkeit der Verwaltung gerade als sinnvoll erachtet. Dagegen sollten Sie sich wehren.

Wenn das Symposium neben der Wissensvermittlung dazu dient, dass es die politischen Kräfte stärkt, die die Selbstverantwortung und Freiheit höher einschätzen als die staatliche Bevormundung und Lenkung, dann kann die Brauereibranche auch in Zukunft selbstbewusst auftreten. Vielleicht erreicht die Branche dann auch den notwendigen Widerhall, dass sie in der Politik vermehrt Unterstützung für ihre Anliegen findet. Dies hoffe ich jedenfalls – deshalb wünsche ich Ihnen allen ein erfolgreiches Symposium.

◀ **Dr. Gerhard Pfister**, 1962, vertritt seit 2003 als Nationalrat den Kanton Zug in den Eidgenössischen Räten, wo er der Fraktion der Christlich-Demokratischen Volkspartei (CVP) angehört.

Nach der Matura Typus A und dem Studium der Germanistik und Philosophie an der Universität in Fribourg/Ue. erlangte er 1989 das Lizentiat phil I; die Promotion zum Dr. phil I erfolgte später an der Universität Basel (1998).

Nach Auslandsemester an der FU Berlin (1989) und neben seiner Lehrtätigkeit in Deutsch und Philosophie absolvierte er den Lehrgang Schulmanagement für Schulleiter des Instituts für Wirtschaftspädagogik an der Hochschule HSG in St. Gallen (1995/96). Seit 1994 ist Gerhard Pfister Rektor und seit 2003 Geschäftsleiter der bekannten Maturitätsschule Institut Dr. Pfister in Oberägeri/ZG.